



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 57. Ratssitzung vom 23. August 2023

2131. 2022/470

Motion der Grüne-, SP- und GLP-Fraktion vom 28.09.2022:

Abgabe eines Grundstücks oder einer Liegenschaft im Baurecht an eine klimagerechte Genossenschaft

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

***Dominik Waser (Grüne)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 699/2022): Der Stadtrat soll ein Grundstück oder eine Liegenschaft im Baurecht an eine klimagerechte Genossenschaft abgeben, die sich der Einhaltung der planetaren Grenze verschreibt. Die Genossenschaft soll als Reallabor dienen, mit dem aufgezeigt werden kann, wie in der Stadt in Zukunft innerhalb der planetaren Grenze gelebt und gebaut werden kann. Wir leben über unsere Verhältnisse und halten die planetaren Grenzen nicht ein. In Zürich ist das sehr stark der Fall; wir konsumieren und brauchen Ressourcen, als gäbe es kein Morgen. Wir haben unsere Klimaziele für die Stadt, die wir einhalten müssen. Das betrifft auch viele graue Emissionen. Dort haben wir noch sehr wenige Lösungen. Es wird zu wenig gemacht, um die grauen, nicht-städtischen Emissionen zu reduzieren. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass es mehr transformative Projekte im Bereich Wohnen und Bauen braucht. Es reicht nicht, dass man ökologisch baut, wie wir das heute verstehen: unter dem Minergie-Standard oder mit einer Solaranlage auf dem Dach. Es braucht erheblich mehr, damit wir die Ziele erreichen können. Zudem sind wir der Meinung, dass es ein Reallabor braucht; über die Benennung kann man diskutieren. Es braucht einen Ort, an dem Dinge getestet und Entwicklungen vorangetrieben werden können. Es gibt gewisse Dinge, von denen wir noch nicht wissen, wie sie in der Gesellschaft aufgenommen werden und wie sie am besten umgesetzt werden können. Es braucht einen gewissen Richtungswechsel in den Bereichen der Stadtplanung und des Städtebaus, respektive im allgemeinen Bauwesen. Grundsätzlich geht es darum, dass wir eine Lebensweise für die Zukunft entwickeln müssen, die ein Leben für alle Menschen auf dieser Welt ermöglicht – auch längerfristig und nicht nur für die ersten zehn Jahre. Es geht um die Klimagerechtigkeit und somit um einen zukunftstauglichen Lebensstil. Diesen wollen wir mit diesem Projekt entwickeln. Wir bedauern und verstehen nicht, dass der Stadtrat nicht bereit ist, diesen Vorstoss als Motion entgegenezunehmen. Aus meiner Sicht fehlt der Mut. Wir haben die Klimaziele und wir müssen sie erreichen. Der Stadtrat ist dafür zuständig. In vielen Bereichen gibt es noch keinen Weg zum Ziel. Im Bereich des Lebensstils und dessen Umgestaltung haben wir noch zu wenig ausprobiert. Es wird von der Konkurrenz zu den wohnbaupolitischen Zielen gesprochen. Das ist nicht der Fall. Es soll gemeinnützig gebaut werden, wie das auch im Vorstoss festgehalten wird. Wir hoffen, dass der Stadtrat mit unserer Diskussion heute und mit der Mo-*



tion einen Schritt weiterkommt und sich traut, mehr zu tun. Wir versuchen Lösungen einzubringen. Erst kürzlich wurde vom Stadtrat ein Projekt in diese Richtung vorgelegt: Eine Weisung für ein Netto-Null-Quartier, bei dem man eigentlich von einem Reallabor sprechen kann, obwohl man den Begriff Labor nicht nennen will, weil er negativ konnotiert sein könnte. Das spielt für mich keine Rolle, denn schliesslich wird dies in einem Quartier entstehen. Warum sollte kein solches Projekt umgesetzt werden? Wir haben verschiedene Orte, an denen das möglich ist. Wir werden das Postulat GR Nr. 2023/68 zu den Triemli-Hochhäusern diskutieren. Darum glaube ich, dass es sinnvoll ist, den Vorstoss als Motion anzunehmen. Wir machen bereits etwas und in gewissen Bereichen machen wir bereits viel. Aber das reicht noch nicht, um die Ziele zu erreichen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich und der Stadtrat sind mit der grundsätzlichen Zielsetzung einverstanden, dass mehr getan werden muss und dass die bauliche Entwicklung des gemeinnützigen Wohnbaus in diese Richtung gehen muss. Die Motion verlangt eine direkte Vergabe eines Grundstücks. Während der Motionstext im Hauptteil neutral ist, wird in der Begründung klar eine noch zu gründende Genossenschaft gefordert. Es ist unklar, ob das Ziel erreicht werden kann, wenn eine Liegenschaft vorhanden ist, die im Baurecht vergeben werden kann. Wir haben gute Beispiele in der Stadt, wie die Kalkbreite oder «mehr als wohnen». Nur dauerte es Jahre, bis diese entstanden; es braucht einen langen Prozess dafür. Dass wir innerhalb von zwei Jahren eine Vorlage präsentieren sollen, beisst sich. Zudem sind wir der Meinung, dass eine Wettbewerbsfreiheit besteht. Eine solche Genossenschaft kann sich durchaus bewerben, sei es eine zu gründende oder eine bestehende. Der Stadtrat ist wie die Motionäre der Meinung, dass wir bei jeder weiteren Vergabe versuchen, die Anforderungen in Richtung Netto-Null zu erhöhen, um die Ziele erreichen zu können. Nun aber zu verlangen, dass der Stadtrat innerhalb von zwei Jahren eine Vorlage erarbeiten und an eine zu gründende Genossenschaft Bauland vergeben soll, ist nicht zu Ende gedacht und nicht im Sinn der Zielsetzung der Motionär*innen. Wenn Sie den Prozess der Baurechtsvergabe innerhalb von zwei Jahren verlangen, dann ist das schlichtweg unrealistisch und Sie provozieren mehrere Fristerstreckungen. Ja zur Zielsetzung, Nein zum formellen Weg.*

Weitere Wortmeldungen:

Martin Götzl (SVP): *Ein Novum heute ist, dass ich die Meinung mit dem ersten Vorredner teile: Ich bin einverstanden damit, dass Sie über Ihre Verhältnisse leben. Denn Ihre Forderungen haben Anzeichen des Grössenwahns. Es geht darum, ein Grundstück oder eine Liegenschaft einer klimagerechten Genossenschaft zur Verfügung zu stellen. Die Steuerzahlerin und der Steuerzahler haben das zu finanzieren, die Stadt stellt zur Verfügung – das ist wie vorgezogene Weihnachten. Die Initianten suggerieren, dass Zürich von der Provinz aus die Welt retten soll. Dazu wird ein Versuchslabor gefordert, das Lösungen aufzeigen soll, wie künftig ökologisch gebaut und gelebt wird. Bereits die Begünstigung einer solchen Genossenschaft zeigt auf, dass es sich um eine politisch gefärbte, ideologische Institution handeln wird. Können Erkenntnisse eines solchen Ver-*



suchslabors nicht aus anderen Projekten aus Grossmetropolen gezogen werden? Benötigt jede Stadt und Kommune ein eigenes Versuchslabor? Oder wird das besser national oder noch besser global eruiert, empfohlen und im besten Fall umgesetzt? Die SVP-Fraktion erachtet es nicht als Kernaufgabe der Kommune, sondern sieht im vorliegenden Vorstoss eine weitere ideologische Forderung, indem die Ökologie bewirtschaftet werden soll. Aus dem damals initiierten bezahlbaren und ökologischen Wohnen wurde «einfach wohnen». Nun wird Schritt für Schritt mit einer Salami-Taktik weitergegangen. Liegenschaften werden gefordert, die «sich streng an den ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten» zu orientieren haben. Lisa Fitz, eine bekannte deutsche Persönlichkeit, sagte vor Jahren: «Ich halte die globale Erwärmung für weniger gefährlich als die globale Verblödung.» Wir sehen nicht ein, warum ein rot-grünes Versuchslabor in der Provinz machen soll, was national oder global erforscht und gelöst werden kann.

Patrick Tscherrig (SP): *Die planetaren Grenzen wurden bereits in mehreren Bereichen überschritten. Wir sind mit Artensterben, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung konfrontiert. Am bekanntesten sind die Herausforderungen des Klimawandels. Zürich will bis zum Jahr 2040 Netto-Null erreichen. Dafür muss der CO₂-Ausstoss massiv reduziert werden. Im Gebäudebereich, der einen grossen Teil des CO₂-Ausstosses ausmacht, gab es deutliche Verbesserungen. Isolationen wurden besser und neue Energieformen werden verwendet. Wohnen als Gesamtes besteht aus mehr als der Errichtung und dem Betrieb eines Gebäudes. Wenn beispielsweise Arbeitswege kurz sind oder lokal produzierte Lebensmittel konsumiert werden, senkt das den CO₂-Ausstoss. Genau in diese Richtung zielt unsere Motion. Heutzutage sind wir in Zürich weitgehend ratlos, wie wir die indirekten CO₂-Emissionen reduzieren wollen. Sie machen drei Viertel aller CO₂-Emissionen aus, weshalb sie nicht zu vernachlässigen sind. Das Ziel der vorliegenden Motion ist deshalb, dass neue Wohnformen getestet werden, die die planetaren Grenzen einhalten können. Insbesondere sollen die indirekten CO₂-Emissionen reduziert werden. Das soll durch die Abgabe eines Grundstücks oder einer Liegenschaft an eine Genossenschaft geschehen, die bereit ist, solche neuen Wohnformen auszuprobieren. Bei der klimagerechten Genossenschaft soll es sich explizit um ein Reallabor handeln. Wir behaupten nicht, dass wir die Lösung für alle menschlichen Probleme kennen und wissen, wie der Mensch für die Klimaverträglichkeit zu leben hat. Wir finden es aber nötig, dass man sich auf die Suche nach solchen Lösungen begibt und Dinge ausprobiert. Zürich ist eine Pionierstadt des genossenschaftlichen Wohnens. Hoffentlich ist sie bald auch eine Pionierstadt in Sachen Netto-Null. Wir wünschen uns eine Stadt, die mutig voranschreitet und neue Wohnformen testet, die klimaverträglich sind. Bezüglich der Kritik des Stadtrats glaube ich, dass es sich grösstenteils um ein Missverständnis handelt. Natürlich muss die klimagerechte Genossenschaft nicht neu gegründet werden. Wir sind mit dem Stadtrat einig, dass viele Genossenschaften und Stiftungen bereits heute eine Vorreiterrolle in ökologischen Fragen einnehmen. Der Stadtrat kann bei Baurechtsausreibungen ökologische Kriterien festschreiben. Wir fordern hier, dass er einen Schritt weitergeht und dass sich die ökologischen Kriterien nicht nur auf das Gebäude und den Betrieb beziehen, sondern auch auf die Wohnform. Die Klimakrise stellt uns vor eine historische Herausforderung. Zürich war bereits öfters Pionierin, wenn es um innovative und mutige Lösungen ging. Das sollten wir auch hier tun.*



Michael Schmid (AL): Die Motion fordert, dass eine Genossenschaft als Reallabor aufzeigen wird, wie in Zürich innerhalb der planetaren Belastungsgrenze gelebt und gebaut werden kann. Der Stadtrat bezieht sich in seiner Antwort nur auf das Bauen und zieht beim Leben im Bau lediglich den Flächenverbrauch pro Person in Betracht. Eine ökologisch und sozial nachhaltige Lebensweise beinhaltet wesentlich mehr, insbesondere, wie wir konsumieren, uns ernähren und arbeiten und welche Wege wir wie zurücklegen. Wie es möglich ist, in einer modernen Stadt planetenverträglich zu leben, müssen wir erst wieder lernen. In den letzten sechzig bis siebzig Jahren haben wir es verlernt. Dafür ist ein experimentelles Referenzprojekt notwendig, das radikale neue Ansätze ausprobieren kann. Nicht alles wird von Anfang an funktionieren. Weil das Experiment mit Risiken behaftet ist, glaube ich dem Stadtrat nicht, wenn er in der Begründung seiner Ablehnung schreibt: «Eine klimagerechte Genossenschaft, im Sinne der Beschreibung in der vorliegenden Motion, kann sich ohne weiteres im Rahmen einer Baurechtsausschreibung bewerben und hat [...] eine reelle Chance auf einen Zuschlag.» Einerseits gibt es sehr wenige Grundstücke oder Bestandesbauten, die genügend gross sind, um ein realistisches Experiment einer zukunftstauglichen Nachbarschaft zu ermöglichen. Andererseits pflegt Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) bei Entscheiden zu Baurechtsvergaben eher die Strategie der Risikominimierung. Ein Beispiel dafür war die Vergabe beim Koch-Areal. Die Baugenossenschaft Zurlinden bewarb sich mit einem konkreten Konzept zur Erschaffung einer planetenverträglichen Nachbarschaft. Im Vergabe-Entscheid der städtischen Jury wurde das Projekt zwar als visionär und pionierhaft gewürdigt, sie ging dann aber doch lieber auf Nummer sicher und gab den Zuschlag etablierten Playern, die den Fokus auf die bauliche Ökologie legten. Um einem ungewissen und experimentellen, aber wichtigen Projekt eine Chance zu geben, bräuchte es eine Ausschreibung, die spezifisch für das in der Motion beschriebene Referenzprojekt Vorgaben macht. Einige in der AL-Fraktion haben Bedenken, ob das Experiment erfolgreich sein wird oder die Erkenntnisse geeignet sein werden, um breite Bevölkerungskreise zu überzeugen, ein solches Modell zu übernehmen. Sie werden der Motion nicht zustimmen. Ich persönlich glaube, dass ein solches Referenzprojekt nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch dem Stadtrat aufzeigen kann, welche Alternativen möglich sind und dass diese Alternativen planetenverträglich eine hohe Lebensqualität bieten können.

Hans Dellenbach (FDP): Bei mir beginnt die Ablehnung des Vorstosses bereits mit dem Begriff «Klimagerechtigkeit». Was ist die Klimagerechtigkeit? Die Motionäre sagen uns, wir als Gesellschaft leben über unsere Verhältnisse. Die Motionäre würden dies lösen, indem die Genossenschaft auf unsere Verhältnisse lebt und von der Gesellschaft etwas verlangt, das sofort gegeben werden soll. Es ist nicht klimagerecht, sondern ungerecht, auf Kosten der Allgemeinheit zu leben. Weiter gibt es formale Probleme. Warum soll eine klimagerechte Genossenschaft eine städtische Leistung erhalten, bevor jemand anderes von einer städtischen Leistung profitieren kann? Warum machen wir nicht eine Genossenschaft für Kindergärtnerinnen? Sie leisten auch etwas für die Gesellschaft. Wie ist es mit Bienenzüchtern? Oder es könnte ein Baurecht an eine Genossenschaft von FDP-Mitgliedern vergeben werden. Auch wir setzen uns für die Gesellschaft ein. Ich käme nicht auf die Idee, so etwas zu fordern. Ihr fordert das. Es gibt ein Problem mit dem Reallabor. Wie kann etwas ein Reallabor sein, das komplett von der



Realität losgelöst funktioniert? Eine Genossenschaft verlangt etwas von der Gesellschaft und der Stadt und wenn sie es erhält, dann testet sie die Realität. Die Realität ist nicht gratis. Die Stadt ist kein Selbstbedienungsladen. Umweltprobleme, Biodiversitätsverlust und Klimawandel sind real. Über eine Volksabstimmung hat sich Zürich bereits verpflichtet, dem Klimawandel entgegenzuwirken. Wir haben uns zur Erreichung von Netto-Null verpflichtet. Netto-Null erreichen wir aber nicht, indem wir einen Baurechtsnehmer gegenüber einem anderen bevorteilen. Es kann nicht sein, dass wir gewisse Bevölkerungsgruppen bevorteilen. Das Schlimmste war für mich das Votum von Dominik Waser (Grüne), dass wir an der Änderung unserer Lebensziele arbeiten müssten. Weder er noch die Grünen noch der Gemeinderat schreiben mir meine Lebensziele vor. Wir sind gegen diese selbstgerechte Motion.

Martina Novak (GLP): *Die Motion fordert in erster Linie einen Ort in Zürich, an dem erprobt und veranschaulicht wird, wie man in der Stadt innerhalb der planetaren Belastungsgrenze leben und bauen kann. Nicht mehr und nicht weniger. Die ins Feld geführten Argumente hören sich nach Ausreden an. Die Antwort des Stadtrats liest sich wie ein Ja mit angezogener Handbremse. Darum halten wir an der Form der Motion fest.*

Dominik Waser (Grüne): *Hans Dellenbach (FDP) hat mir nicht zugehört. Ich sprach von Lebensstil und nicht von Lebenszielen. Auch seine Behandlung der Klimagerechtigkeit grenzt an Satire. Die Argumentation von einer neu gegründeten Genossenschaft ist so nicht im Vorstoss festgehalten. Darum finde ich es schade, dass der Stadtrat sich in seiner Argumentation darauf festlegte. Dass bereits jetzt von einer Fristerstreckung gesprochen wird, zeigt, dass es an der Lust zur Umsetzung fehlt. Wenn man den Vorstoss liest, wie er geschrieben wurde, wären sehr viele Möglichkeiten offen, denen gegenüber man sich verschloss. Die Debatte ist absurd. Es wurde gesagt, dass wir ein Projekt für uns selbst wollten, für die Auserwählten, für uns Linke. Am Ende wird nichts daran vorbeiführen, dass alle Personen auf diesem Planeten und in dieser Stadt irgendwann einen klimagerechten, netto-null-verträglichen Lebensstil innerhalb der planetaren Grenze haben werden. Denn sonst wird es irgendwann nicht mehr gehen. Die SVP leugnet das alles. Von der FDP hätte ich etwas anderes erwartet. Es geht um mehr als Netto-Null im Sinne von ökologischem Heizen oder dem Fahren eines Elektroautos. Es geht um die Wohnfläche, um die Ernährung, um die Mobilität und um sehr viele weitere Konsumgüter, die im heutigen Stil nicht verträglich sind. Das muss sich ändern, ob man will oder nicht. Man kann sagen, dass man wie gehabt weitermachen soll, dass es ein dekadentes Projekt für Auserwählte sei. Auch das zeigt, dass ihr den Vorstoss nicht gelesen habt. Es wird nicht festgehalten, wer dort leben soll. Auch die FDPler werden sich für eine Wohnung bewerben können. Wir haben ein Klimaziel und eine klare Mehrheit ist sich einig, dass wir Klimaschutz betreiben und uns von den fossilen Brennstoffen verabschieden müssen. Wir müssen aber einen Schritt weiterkommen und den gesamten Lebensstil berücksichtigen. Netto-Null bis zum Jahr 2040 und die grauen Emissionen um dreissig Prozent zu reduzieren reichen nicht. Der Vorstoss wird vielen Leuten in der Stadt helfen. Er wird die Forschung und verschiedene Departemente einbeziehen können. Auch das HBD und das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) sollten hier eine Chance sehen. Lokale Unternehmen können sich am Konzept beteiligen. Die Stadtentwicklung wird profitieren. Man könnte ein Klimazentrum aufbauen, in dem sich*



6 / 6

die Bevölkerung eine Vorstellung machen kann, wie man in Zukunft anders leben kann. Das bedeutet nicht, dass etwas vorgeschrieben wird, sondern dass man entwickeln kann. Dann wird es auch in Zukunft noch eine freie Wahl geben. Ansonsten wird es aufgrund der ökologischen Rahmenbedingungen zu Einschränkungen kommen.

Christian Traber (Die Mitte): *Die Fraktion Die Mitte/EVP wird die Vorlage ablehnen, wenn an der Motion festgehalten wird. Bei einer Umwandlung in ein Postulat hätten wir der Vorlage zugestimmt. Wir finden es ein spannendes Ansinnen oder vielleicht eine visionäre Idee. Verlangt wird ein «Reallabor», in dem gewisse Dinge ausgetestet werden sollen. Ich bin froh um das Votum von Michael Schmid (AL), der ausformulierte, wie er sich das vorstellt. Gewissen Dingen können wir etwas abgewinnen. Aus den formellen Gründen, die der Stadtrat erläuterte, sind wir gegen die Motion. Inhaltlich ist unbestritten, dass der Klimawandel eine Tatsache ist, dass wir die Klimaziele erfüllen, dass wir Massnahmen treffen und einen Schritt weiterkommen wollen. Es braucht vielleicht einen visionären Weg und ein solches Reallabor. Vielleicht wird ein Resultat des Reallabors sein, dass gewisse rot-grüne Träumereien nicht umsetzbar sind oder nicht zum Klimaziel beitragen. Darum wären wir bereit, der Idee des Vorstosses zuzustimmen.*

Dominik Waser (Grüne) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 68 gegen 37 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat